

Postulat Michael Köpfli (GLP): Schnellere Ausstellung von Fachstellenbestätigungen für Betreuungsgutscheine

Nach einem Jahr Erfahrung mit den Betreuungsgutscheinen hat sich die teilweise geäusserte Befürchtung, dass Kinder mit sozialer Indikation in keine Kita mehr aufgenommen werden, nicht bestätigt. Noch ist es für Kitas aus terminlichen Gründen zum Teil aber schwierig, Kinder mit sozialer Indikation aufzunehmen.

Durch die Umstellung auf die Betreuungsgutscheine müssen die Kitas sehr sorgfältig mit ihrer betriebswirtschaftlichen Situation umgehen und freie Kita-Plätze entsprechend rasch vergeben. Leider hat sich gezeigt, dass einige Fachstellen, welche gemäss der Kita-Verordnung des Gemeinderates (FEBVO) die soziale Indikation feststellen dürfen, diese notwendigen Bestätigungen nicht innerhalb nützlicher Frist liefern. Dies führt einerseits dazu, dass die Kitas die frei werdenden Plätze an andere Eltern resp. Kinder weitergeben (müssen). Andererseits hat dies auch zur Folge, dass Kitas in jenen städtischen Gebieten, in denen es viele Kinder mit sozialer Indikation gibt, Probleme mit der Auslastung und somit der Liquidität ihrer Kitas bekommen können. Diese Situation ist für die Eltern, die Kinder und die Kitas unbefriedigend. Zudem könnte dies mittel- oder längerfristig dazu führen, dass in besagten städtischen Gebieten Kitas schliessen müssen. Entsprechend sollte die gemeinderätliche Verordnung oder zumindest deren Vollzug in diesem Punkt optimiert werden.

Der Gemeinderat wird gebeten zu prüfen, wie bei den von ihm definierten Fachstellen, die Gutscheine aufgrund von Kinderschutz, Gefährdung der sozialen Integration und der Chancengleichheit ausstellen können, eine raschere Ausstellung und Übermittlung der entsprechenden Bestätigungen gewährleistet werden kann. Insbesondere ist dabei die Verankerung von klaren Abläufen und Terminen in der Verordnung zu prüfen.

Bern, 29. Januar 2015

Erstunterzeichnende: Michael Köpfli

Antrag des Gemeinderats

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, das Postulat erheblich zu erklären.

Bern, 24. Juni 2015

Der Gemeinderat